

Mit Kontinuität Bildung verbessern.

11 Thesen für eine stärkere Schulbildung in Schleswig-Holstein

Seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie ist die Bildungspolitik mehr denn je in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Die Leistungen deutscher Schüler im internationalen Vergleich lediglich Mittelmaß. Verantwortliche für Bildungspolitik in Bund und Ländern haben das Thema für sich neu entdeckt, und fast täglich werden Reformen und Verordnungen für eine bessere Bildung vorgestellt. Dabei wird oft übersehen, dass sich Erfolge in der Bildungspolitik in den meisten Fällen nur durch Ausdauer und Kontinuität einstellen, denn es braucht mindestens eine Schülergeneration, bis Verbesserungen messbar werden können. Die Junge Union Schleswig-Holstein greift in diesem Papier viele Problemfelder der schleswig-holsteinischen Bildungspolitik auf und möchte damit konstruktiv zur Verbesserung der Schulpolitik beitragen. Folgende Grundsätze leiten die Junge Union Schleswig-Holstein bei ihren Überlegungen:

- Das Kind mit seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen steht im Mittelpunkt.
- Motivierte Schüler sind gute Schüler.
- Der Weg zum Wissen sollte im Vordergrund des Unterrichts stehen und die Vermittlung von Allgemeinwissen sollte Objekt der Betrachtung sein.
- Der Lehrer ist auf die Unterstützung der Eltern angewiesen.
- Der Erziehungsauftrag liegt bei den Eltern. Schule kann hier unterstützend wirken.
- Das gegliederte Schulwesen muss wieder auf den Lehrauftrag ausgerichtet sein.

1. Mit langfristiger und flexibler Planung bessere Bildung schaffen

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- eine verlässliche, langfristige und flexibel gestaltbare Planung der Bildungspolitik in Schleswig-Holstein in Form eines konkreten Maßnahmenkataloges mit einer Planung für die nächsten zehn Jahre
- eine Weiterentwicklung des bestehenden Schulsystems und keine Einführung der Einheitsschule in Schleswig-Holstein
- eine Modifizierung des Koalitionsvertrages

Die schleswig-holsteinische Bildungspolitik der letzten Jahre ist immer wieder durch politische Schnellschüsse und Antworten auf tagespolitische Themen geprägt gewesen. Insbesondere nach der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie machte sich blinder Aktionismus breit, der häufig an den Bedürfnissen einer langfristigen Entwicklung der Bildung in Schleswig-Holstein vorbei ging. Beispiele dafür sind die Einführung der Lernpläne und der VERA-Vergleichsarbeiten, die nicht zum wirklichen Vergleich der Bildung in den verschiedenen Bundesländern beitragen, nehmen doch nur 7 Bundesländer daran teil. Diese sprunghafte Politik hat das Vertrauen und die Motivation von direkt Betroffenen, den Schulleitungen, Lehrern, Eltern und Schülern, bei Reformen und Verbesserungen der schleswig-holsteinischen Bildungspolitik mitzumachen, beschädigt. Beispielhaft dafür ist die Einführung der Verlässlichen Grundschule. Diese Maßnahme findet zwar die Unterstützung der Jungen Union Schleswig-Holstein, ihre Durchführung hat jedoch zahlreiche

ehrenamtlich-organisierte Betreute Grundschulen überflüssig gemacht und somit das Engagement von vielen Eltern und Lehrern. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher eine verlässliche und langfristige Planung der Bildungspolitik in Schleswig-Holstein in Form eines konkreten Maßnahmenkataloges mit einer Planung für die nächsten zehn Jahre. Die Forderungen nach konkreten Maßnahmen finden sich in diesem Papier wieder.

Ein weiteres Hemmnis zur Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen Bildungspolitik ist der bereits seit Jahren andauernde ideologische Kampf zwischen den beiden großen politischen Kräften um das richtige Schulsystem. Für die Einführung der Gesamtschule wurden durch die abgewählte rot-grüne Landesregierung enorme Ressourcen und Kräfte verschwendet. Exemplarisch für diese Auseinandersetzung ist der Konflikt um die Gründung der Integrierten Gesamtschule Pansdorf im Kreis Ostholstein.

Nach der nun erfolgten flächendeckenden Einführung der Gesamtschule im Land, hat die Landes-SPD ihre bildungspolitischen Grundsätze überdacht und zur letzten Landtagswahl durch das Modell der sozialistischen Einheitsschule ersetzt. Für die Junge Union Schleswig-Holstein macht dieser Vorgang erneut die Konzeptlosigkeit der sozialdemokratischen Bildungspolitik deutlich. Nur im bestehenden Schulsystem ist eine Verbesserung der Bildung praktisch und finanziell zu realisieren. Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein von der Landesregierung, dass sie sich deutlich von dem Vorhaben der Einführung von Einheitsschulen distanziert. Die Junge Union Schleswig-Holstein wird, sollte ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden, der die Einführung von Einheitsschulen jenseits der Umwandlung von integrierten Gesamtschulen vorsieht, massiven Druck auf Landespartei und Landtagsfraktion ausüben, um diesen bildungspolitischen Irrweg zu verhindern.

Die Landtagswahl 2005 hätte einen Neuanfang in der Bildungspolitik möglich machen können. Der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Landesregierung bildet für einige Bereiche der Schulpolitik gute Ansätze, klammert aber dennoch wesentliche Problemfelder aus. So ist es beispielsweise ungenügend, dass sich der Vertrag ausführlich mit der Situation der Dänischen Schulen in Schleswig-Holstein befasst, aber der Hauptschule keinen eigenen Punkt einräumt. In einzelnen Punkten ist der Koalitionsvertrag für die positive Weiterentwicklung der Schullandschaft in Schleswig-Holstein nach Ansicht der Jungen Union Schleswig-Holstein sogar abträglich. So ist es nicht gelungen, Vorschläge zum Abbau von Schulbürokratie zu benennen. Eine Nachbesserung der Ziele der Großen Koalition im Bildungsbereich ist notwendig.

2. Ressourcen effizient einsetzen

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- keine weitere Einrichtung und Bevorteilung bei Personal und Ausstattung von Gesamtschulen
- eine gerechtere Verteilung der Ressourcen zwischen den Schularten
- eine Reform der kleinteiligen Organisation der Schulträger
- keine Erhöhung des Klassenteilers
- die Einführung des Englischunterrichts ab der 3. Klasse

Die Koalitionspartner der Landesregierung haben sich darauf geeinigt im Bereich Bildung keine Einsparungen vornehmen zu wollen. Dieses Bekenntnis ist angesichts der katastrophalen

Finanzsituation des Landes eine deutliche politische Schwerpunktsetzung der Landesregierung und findet die volle Unterstützung der Jungen Union Schleswig-Holstein. Auf der anderen Seite steht fest, dass nicht deutlich mehr Geld für Bildung ausgegeben werden kann, sondern man sich den Herausforderungen mit den bestehenden Ressourcen stellen muss. Reformen und Verbesserungen werden nur kostenneutral oder durch Umverteilungen der Ressourcen finanziert werden können.

Nach Berechnungen des Steinbeis-Transferzentrums für das Schuljahr 2002 werden in Schleswig-Holstein aus öffentlichen Mitteln durchschnittlich ca. 4400 Euro pro Schuljahr für einen Grundschüler und ca. 4990 Euro pro Schuljahr für einen Hauptschüler ausgegeben. Dem gegenüber stehen durchschnittliche Ausgaben in Höhe von ca. 6870 Euro pro Schuljahr für einen Gymnasiasten und 7250 Euro pro Schuljahr für einen Gesamtschüler. Diese Zahlen belegen eindrucksvoll die ungerechte Verteilung von Ausgaben pro Schüler unter den einzelnen Schularten. Insbesondere die Kosten eines Gesamtschülers sind Sinnbild für die ideologische Bildungspolitik der rot-grünen Landesregierung in den letzten Jahren. Die flächendeckende Einführung einer weiteren Schulart, der Gesamtschule, in Schleswig-Holstein hat in den letzten Jahren dringend benötigte Ressourcen zur Verbesserung der Bildung gebunden und nachweislich nicht zu einer Verbesserung der Bildungssituation in Schleswig-Holstein geführt. Die Junge Union Schleswig-Holstein bekräftigt daher ihre Forderung keine weiteren Gesamtschulen einzurichten und die Bevorteilung bei Personal und Ausstattung zu beenden. Darüber hinaus müssen zwischen den Schularten die Ressourcen gerechter verteilt werden. Die mangelhafte Vermittlung von Grundlagen in den Grundschule, die hohe Zahl von Fehlstunden und der akute Lehrermangel sowie die steigende Zahl von Schülern ohne Hauptschulabschluss belegen die jahrelang finanzielle Vernachlässigung dieser beiden Schularten.

Die Junge Union Schleswig-Holstein begrüßt die Bemühungen der Landesregierung bei der Überarbeitung des Ausgleichs zwischen den Schulträgern und den entsendenden Gemeinden. Es ist unerlässlich einen Investitionsanteil in den Kostenausgleich einzuführen. Die Junge Union Schleswig-Holstein lehnt einen Ausgleich auf Grundlage eines landesweiten Fonds ab. Die dabei entstehende Bürokratie ist unnötig und zu kostenaufwendig. Die Gelder, die hierbei verwendet werden würden, können an anderer Stelle besser genutzt werden. Die Junge Union Schleswig-Holstein lehnt des Weiteren die Ideologienpolitik der Bildungsministerin ab. Es ist ungerecht, einen Gesamtschüler mit 801€ pro Kopf viel stärker zu fördern, als einen Gymnasiasten oder Realschüler (beide etwa 690€). Die Junge Union spricht sich für einen ideologiefreien Wettbewerb der Schularten aus.

In einem Prüfbericht des Landesrechnungshofes aus dem Juni 2004 werden zahlreiche Maßnahmen zur kosteneffizienten Organisation der allgemein bildenden Schulen zusammengefasst und die Kosten aktueller politischer Forderungen wie die Einführung einer Fremdsprache in der Grundschule oder der Abschaffung des Sitzenbleibens berechnet. Diese Berechnungen sollten sinnvoll in die Erwägung von Reformvorhaben in der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft einfließen.

Insbesondere wird deutlich, dass die Schullandschaft in Schleswig-Holstein sehr kleinteilig organisiert ist. 375 Schulträger sind für 1048 Schulen zuständig, davon haben 224 Schulträger lediglich eine Schule in ihrer Zuständigkeit. Angesichts der in den nächsten Jahren rückläufigen Schülerzahlen auf Grund der demographischen Entwicklung sollte sowohl die Anzahl der Schulträger als auch die Anzahl der Schulen in den nächsten Jahren reduziert werden.

Schleswig-Holstein hat heute bereits im Bundesvergleich deutlich kleinere Klassen als andere Bundesländer. Dennoch soll der Klassenteiler nicht weiter angehoben werden.

Trotz der hohen finanziellen Anforderungen dieses Projekts begrüßt die Junge Union Schleswig-Holstein die Einführung des Englischunterrichts ab der 3. Klasse. Gerade durch die zunehmende Globalisierung und Internationalisierung von Ausbildungen und Studiengängen ist die fließende Beherrschung von Englisch unerlässlich. Viele Firmen setzen dies bei Bewerbern voraus. Studien belegen, dass Schüler, die eine Fremdsprache bereits in der Grundschule lernen, ihren Mitschülern nicht nur in diesem Fach, sondern auch in anderen Kompetenzen überlegen sind. Zudem fällt es jüngeren Schülern leichter, Sprachen zu lernen.

3. Lehrerberuf als gesellschaftlich verankern

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die Einführung einer Leistungskomponente bei der Bezahlung von Lehrkräften
- die Beibehaltung des Beamtenstatus als Regel
- Menschen aus der Praxis an die Schule zu holen
- Verbesserung der Karrieremöglichkeiten von Lehrern
- eine vollständige Reform des Lehramtsstudiums
- eine Fortbildungspflicht

In der Regel sollte der Beamtenstatus von Lehrkräften beibehalten werden. Die Schule übernimmt eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, indem sie Kinder nicht nur auf das Leben vorbereitet, sondern ihnen auch das Rüstzeug für einen mündigen Staatsbürger an die Hand gibt. Deshalb steht der Lehrer in einer besonderen Funktion in besonderer Verantwortung. Das Beamtensystem an sich hat sich in der Vergangenheit bewährt, dennoch muss es in Teilen reformiert werden. Gerade die langfristige Bindung des Beamten an den Staatsdienst hat hieran maßgeblichen Anteil. Dennoch muss man in Details das Beamtenrecht reformieren.

Um Menschen aus der Praxis an die Schule zu holen, muss die Schule sich mehr als bisher für Angestelltenverhältnisse und Kurzzeitlehraufträge öffnen können. Praktiker können fesselnder und lebensnaher dem Schüler Wissen vermitteln. Ihnen fehlt jedoch eine pädagogische Ausbildung, weshalb eine starke Unterstützung durch die Lehrkräfte notwendig ist.

Weiter fordert die Junge Union Schleswig-Holstein eine vollständige Reformierung des Lehramtsstudiums und eine Fortbildungspflicht für Lehrer. Das Lehramtsstudium sollte im Rahmen des Bologna-Prozesses in ein Bachelor/Master-Studium umgewandelt werden. Die zukünftigen Lehrer werden während des Bachelor-Studiums ihre Schulfächer als fachwissenschaftliches Studium erlernen und erlangen einen fachwissenschaftlichen Bachelor-Abschluss. Vor Aufnahme des Masterstudiengangs muss dann ein verpflichtendes halbjähriges Praktikum an einer Schule der intendierten Schulart durchgeführt werden. Dieses Praktikum wird von einigen Kursen an der Universität begleitet und der Student wird am Ende eine Bewertung erhalten. Erst nach erfolgreichem Abschluss des Praktikums ist eine Zulassung zum Masterstudiengang möglich. Dieser setzt sich aus zwei Teilen zusammen: Der erste Teil vermittelt den zukünftigen Lehrern die theoretischen Grundlagen der Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Sozialpädagogik, etc. und beinhaltet mehrere kürzere Praktika in der Schule. Der zweite Teil gestaltet sich dann wie das bisherige Referendariat. Das lange Praktikum vor Aufnahme des Masterstudiums und der hohe

Praxisanteil im Studium ermöglicht den angehenden Lehrern einen tiefen Einblick in den Berufsalltag eines Lehrers und soll damit die Anzahl derer, die erst nach Aufnahme des Lehrerberufs erkennen, dass sie eine falsche Wahl getroffen haben, reduzieren. Die Fortbildungspflicht soll dazu führen, dass der Lehrer methodisch und fachlich auf dem aktuellen Stand bleibt. Jeder Lehrer sollte mindestens alle zwei Jahre an einer großen Fortbildung teilnehmen. Fortbildungen sollten in erster Linie außerhalb der Schulzeit stattfinden.

4. Leistungsanreize durch Eigenverantwortung schaffen

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- den Wettbewerb zwischen Schulen durch Veröffentlichung von Vergleichsarbeiten und den Ergebnissen der EVIT-Untersuchungen zu ermöglichen
- die Aufhebung von Schuleinzugsbereichen
- die Verbesserung der Fortbildung von Schulleitungen und Lehrkräften
- den Abbau von Schulbürokratie

Seit einigen Jahren wird den Schulen in vielen Bereichen mehr Eigenverantwortung eingeräumt. Durch die Aufwertung der Schulkonferenz als wichtigstes Entscheidungsgremium einer Schule und die Einführung des Schulprogramms als Evaluationsinstrument werden Schulen in Schleswig-Holstein in die Lage versetzt zahlreiche wichtige Beschlüsse für die Weiterentwicklung einer Schule selbst zu entscheiden und ein eigenes, individuelles Schulprofil zu entwickeln. Die Junge Union Schleswig-Holstein unterstützt die Eigenverantwortung der Schule und fordert zusätzlich einen stärkeren Wettbewerb zwischen den Schulen. Die Veröffentlichung von Vergleichsarbeiten und den Ergebnissen der EVIT-Untersuchungen der besten Schulen im Land sollen Leistungsanreize geben die Schulautonomie zur Verbesserung von Bildung zu nutzen.

Weiter unterstützt die Junge Union Schleswig-Holstein die Forderung nach der Aufhebung von Schuleinzugsbereichen. Mittelfristig sollten Schulen in die Lage versetzt werden, einhergehenden mit einer streng an der Schülerzahl festgelegten Personal- und Sachausstattung, durch Auswahlverfahren ihre Schüler selbst auszusuchen. Dabei muss sichergestellt werden, dass dennoch für die Schüler die eigene Schule in einer zumutbaren Entfernung vom Wohnort liegt.

Durch die Verlagerung von vielen administrativen Aufgaben in die Schule ist eine professionelle Fortbildung der Schulleitungen und Lehrkräfte unerlässlich. Schulen sollen in Zukunft auch Lehrpersonal vor Ort einstellen können. Die Übertragung der Personalauswahl auf die Schulleitungen der einzelnen Schulen bedeutet natürlich auch, Schulleitungen in die Lage zu versetzen, sein Kollegium dem Profil der Schule anzupassen.

Darüber hinaus sollen Schulen die eigene Schulentwicklung übernehmen und eine eigenverantwortliche Budgetplanung organisieren. Es muss Aufgabe des Landes sein die notwendigen Fortbildungsangebote zur Verfügung zu stellen. Diese Inhalte sollten auch in das Lehramtsstudium integriert werden.

Kürzlich wurde in einer breiten Öffentlichkeit über eine vom Schulministerium verordnete "Rauchfreie Schule" diskutiert und schließlich durch das Ministerium erlassen. Dieser Vorgang ist ein Beispiel für Überregulierung von Schulen. Auch wenn die "Rauchfreie Schule" mit Sicherheit inhaltlich richtig ist und die Unterstützung der Jungen Union Schleswig-Holstein findet, sollten Schulen eigenverantwortlich selbst über ein solches Thema entscheiden. Ein weiteres Beispiel für

ein Thema über das eine Schule eigenverantwortlich entscheiden sollte, ist die Einführung von Schuluniformen oder Lehrerklassenräumen im Schulbetrieb. Die Junge Union fordert weiter den Abbau von Schulbürokratie.

5. Durchlässigkeit gerecht gestalten

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die Durchlässigkeit zwischen den Schularten weiterhin zu gewährleisten
- eine Ausweitung der Schulsozialarbeit besonders in sozialen Brennpunkten
- eine stärkere Zusammenarbeit der Schularten
- einen regelmäßigen Austausch zwischen Lehrern verschiedener Schularten

Für eine gerechte Durchlässigkeit muss die Möglichkeit gegeben sein zwischen den Schularten bei einer bestehenden Notwendigkeit zu wechseln. Dabei dürfen soziale Umstände keine Rolle spielen, es zählen allein die Leistungen und die Kompetenzen eines Schülers, die entscheiden welche Schule der Schüler besucht. Durch die individuellen Entwicklungen können sich ausgesprochene Grundschulempfehlungen im Nachhinein als falsch herausstellen. Sowohl nach „unten“ als auch nach „oben“ muss ein Schulwechsel möglich sein.

Um die pädagogische Arbeit in den Schulen zu stärken und Lehrern eine Unterstützung zu gewährleisten, sind zusätzliche Sozialpädagogen notwendig. Schüler verbringen einen großen Teil ihrer Kindheit in der Schule, diese wird in einem erheblichen Maße vom Umfeld der Schule beeinflusst. Besonders in sozialen Brennpunkten muss die Schule häufig die Eltern bei ihren Erziehungsaufgaben unterstützen, um die schulische Entwicklung der Schüler zu stützen und ihre Weiterentwicklung zu gewährleisten. Aus den genannten Gründen spricht sich die Junge Union Schleswig-Holstein für die Ausweitung der Schulsozialarbeit aus.

Die Kommunikation muss sich zwischen den Lehrern der verschiedenen Schularten verstärken, um die Durchlässigkeit sinnvoller zu ermöglichen. Ein besserer Informationsfluss schafft Transparenz und fördert die Fähigkeit eines Lehrers, seine Schüler und seinen Unterricht einzuschätzen. Daher befürwortet die Junge Union einen regelmäßigen Austausch zwischen den Lehrern verschiedener Schularten. Bei außerschulischen Veranstaltungen oder Schulprojekten können Vorurteile und Hemmschwellen zwischen den Schülern verschiedener Schularten abgebaut werden. Mehr Toleranz und Akzeptanz wird auf diesem Wege für einander entwickelt und gefestigt, daher unterstützt die Junge Union Schleswig-Holstein eine schulartübergreifende Zusammenarbeit. Die Errichtung von Schulzentren unter Beibehaltung der verschiedenen Schularten wird von der Jungen Union ausdrücklich unterstützt.

6. Integration als Aufgabe verstehen

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- kostenlose und verpflichtende Sprachkurse für Kinder mit Sprachdefizit
- eine verpflichtende Überprüfung der Kenntnisse und Anwendung der deutschen Sprache von Kindern ein Jahr vor der Einschulung
- die Beibehaltung des bisherigen konfessionell-gebundenen Religionsunterrichts

Die Integration von Kindern verschiedenster kultureller Hintergründe in Deutschland stellt besonders im Grundschulbereich hohe Anforderungen an das Bildungssystem. Dort werden die Grundlagen gelehrt, auf denen die weiterführenden Schulen aufbauen. Um bereits in dieser frühen Phase schulischer Bildung keine Schüler auszuschließen und die Partizipation aller Schüler zu gewährleisten, ist eine sichere Beherrschung der deutschen Sprache zwingend notwendig. Die Junge Union setzt sich daher für die verpflichtende Überprüfung der Kenntnisse und Anwendung der deutschen Sprache bei allen Kindern ein Jahr vor der Einschulung ein. Bei mangelnder Sprachkompetenz ist eine Teilnahme an Sprachkursen verpflichtend. Bei diesen muss besonderer Schwerpunkt auf die Sprach- und Verständniskompetenz gelegt werden, um nicht nur eine Teilnahme am schulischen Unterricht, sondern auch den Lernerfolg zu ermöglichen.

Die Intensität der Sprachkurse wird individuell auf die einzelnen Kinder abgestimmt, um sicher zu stellen, dass bei Einschulung die notwendigen sprachlichen Fähigkeiten vorhanden sind, unabhängig von den ursprünglichen Kenntnissen der deutschen Sprache. Insbesondere wird in der Betrachtung auf die derzeitige Situation deutlich, dass vor allem Kinder aus sozial schwächeren Familien aufgrund der mangelnden Deutschkenntnisse der Eltern benachteiligt sind. Die Teilnahme an den Sprachkursen muss daher kostenneutral ermöglicht werden, um vor allem dieser Personengruppe die gleichen Bildungschancen zu ermöglichen.

Die Junge Union Schleswig-Holstein setzt sich für die Beibehaltung des bisherigen konfessionell-gebundenen Religionsunterrichts ein. Dieser konfessionell-gebundene Religionsunterricht bildet das Fundament unserer christlich geprägten Gesellschaft und unserer christlichen Weltvorstellungen. Daher ist es notwendig, diese auch in der Schule zu lehren. Dabei ist allerdings auch zu beachten, Unterschiede zu anderen Weltreligionen herauszuarbeiten.

7. Ganztagschule machbar organisieren

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- klare Regelung der Kostenaufteilung bei Zustimmung durch Land und Kommunen
- keine flächendeckende Einführung der Ganztagschule
- vermehrte Einführung von verpflichtenden Ganztagschulen
- besonders in sozialen Brennpunkten die Einrichtung von Ganztagschulen.
- die Umstrukturierung der Hauptschulen in eine verpflichtende Ganztagschule.

Nachdem der Bund mit dem Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" den Ländern 4 Milliarden Euro zum Aufbau und Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung gestellt hat, werden auch in Schleswig-Holstein zahlreiche Ganztagschulen und -angebote aufgebaut. Bei der geplanten Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel entsteht häufig der Eindruck, dass die Förderungen in erster Linie zum Abbau des hohen Sanierungsstaus an schleswig-holsteinischen Schulen verwendet werden, als zu einem sinnvollen und organisierten Aufbau von Ganztagschulen. Die Folgekosten für die Einrichtung von Ganztagschulen werden nicht selten unterschätzt und die Kostenaufteilung zwischen dem Land und den Kommunen ist oft nicht klar geregelt. Nach Auffassung der Jungen Union Schleswig-Holstein sollte das Land auch weiterhin für die Personalkosten des Unterrichts an Schulen aufkommen. Zusätzliche Lehrangebote an Ganztagschulen sollen in der Regel keine Betreuungsangebote sein, sondern Unterricht oder dem Unterricht in der Qualität ähnliche Lehrangebote. Daher steht dafür auch das Land in der Finanzierungspflicht. Sozialpädagogisches Personal, das als Ergänzung zum Unterrichtsangebot

den Schulalltag begleitet, soll von den Kommunen finanziert werden. Weiter soll die Kommune auch in Zukunft für die Sachausstattung der Schulen verantwortlich sein.

Eine flächendeckende Einführung der Ganztagsschule ist angesichts der öffentlichen Haushaltssituation nur auf Kosten der Qualität von Lehre an Schulen möglich und ist somit nicht durchführbar. Der Grundsatz, dass Eltern bzw. die Familie die gesellschaftliche Verantwortung haben, Kinder und Jugendliche zu erziehen, bleibt für die Junge Union Schleswig-Holstein eine wichtige Überzeugung. Die Schaffung von einem ganztägigen Unterrichts- oder Betreuungsangebot versetzt Eltern in die Lage, sich zu einem Teil ihrer Verantwortung zu entziehen oder nicht mehr nachzukommen.

Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich unmissverständlich für die verpflichtende Form der Ganztagsschule aus. Aufbewahrungsanstalten für Schüler können nicht im Sinne einer besseren Bildung für Schleswig-Holstein sein. Offene Ganztagsangebote am Nachmittag bestehen oft aus freiwilligen Angeboten, wie Sportveranstaltungen, die auch in regulären Strukturen der Freizeitgestaltung, z.B. Sportvereinen, ausgeübt werden können.

Der Aufbau von verpflichtenden Ganztagsschulen ist besonders in sozialen Brennpunkten sinnvoll. Ein hoher Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund und vielfältige sozialen Problemfälle (Beispielsweise durch Vernachlässigung der Eltern) machen eine besondere Fürsorge nötig. Deswegen fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, bei der Planung von neuen Ganztagsschulen ein besonderes Augenmerk auf solche sozialen Brennpunkte zu setzen. Gleiches gilt für einen erheblichen Teil der Hauptschulen. Die Schülerschaft von Hauptschulen zeigt oft eine schwierige Mischung von sozialen Problemen auf, die den Unterrichtsalltag zunehmend belasten. Um diesen Problemen zu begegnen und häufig überforderte Eltern zu unterstützen fordert die Junge Union Schleswig-Holstein langfristig die Umwandlung der Hauptschule in eine Ganztagshauptschule. Die Junge Union sieht in der gebundenen Ganztagshauptschule auch eine präventive Einrichtung in Bezug auf Kriminalität. Die Jugendlichen werden den ganzen Tag betreut, entweder im Unterricht oder durch den schulpädagogischen Dienst. So kann ihnen nicht nur mehr Stoff vermittelt werden, der ihre Chancen am Arbeitsmarkt verbessert, so wird ihnen auch die Möglichkeit gegeben Aggressionen und andere Verhaltensauffälligkeiten zu überwinden.

8. Den Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule fließend gestalten

Dafür fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- die Kooperation von Eltern und Kindergärten
- die Förderung selbstständigen und eigenverantwortlichen Handelns
- die frühe individuelle Förderung und Erkennen von Problemkindern
- die Entwicklung und Förderung des Körpergefühls von Kindern
- ein verpflichtendes Vorschuljahr einzuführen
- Bildungsstandards für Kindergärten zu definieren
- Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Schulen
- mehr Kinder aus sozial problematischen Familien in die Kindertagesstätten
- einen einmaligen verpflichtenden Sprachtest ein Jahr vor der Einschulung
- individuelle Förderung der Sprachfähigkeiten

- das Vorziehen der Einschulung
- mehr männliche Erzieher und Grundschullehrer

Der Kindergarten soll die Entwicklung der Kinder zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern. Damit unterstützt der Kindergarten den Erziehungsauftrag der Familie.

Deshalb ist die Kooperation von Eltern und Kindertagesstätten für die Entwicklung des Kindes wichtig. Dennoch ist es den Eltern vorbehalten zu entscheiden, ob sie die unterstützenden Angebote des Kindergartens wahrnehmen wollen oder nicht.

Die Unterstützung der Kinder bei der Ausbildung selbstständigen Handelns ist vorrangige Aufgabe des Kindergartens. Hierzu gehört erstes Erlernen sozialer Verhaltensweisen, wie zum Beispiel die Integration körperlich oder geistig benachteiligter Kinder, das Kennenlernen der unterschiedlichen kulturellen Hintergründe, aus denen die einzelnen Kinder kommen, um ein besseres Verständnis zu ermöglichen.

Im Kindergarten sollen besonders verhaltensauffällige Kinder gefördert werden. Auffälligkeiten können zum Beispiel Aggressionen oder Sprachstörungen sein. Hier gilt es im Dialog mit den Eltern diese Kinder gezielt zu fördern. Dies ist eine wichtige Vorbereitung auf ihr weiteres Leben und ihre Schulzeit.

Hierzu gehört auch eine verstärkte Förderung des Körpergefühls der Kinder. Dies ist besonders wichtig, weil das Selbstwertgefühl des Kindes steigert, gegenüber Haltungsschäden und Fettleibigkeit vorbeugt und die Feinmotorik schult.

Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich dafür aus, ein verpflichtendes Vorschuljahr einzuführen. Die zugehörige Finanzierung ist einvernehmlich zwischen Land und Kommunen zu regeln. In diesem Jahr soll eine Vorbereitung auf die Einschulung in die Grundschule erfolgen. Dazu gehört die Förderung motorischer sowie kognitiver Fähigkeiten sowie natürlich auch erste Lese-, Schreib- und Rechenkenntnisse spielerisch zu vermitteln. Dazu sollen Bildungsstandards für Kindergärten definiert werden. Teile dieser Standards sind die Heranführung an Buchstaben und Zahlen sowie erste Vermittlungen von Heimatbezügen und sozialen Kompetenzen. Des Weiteren spricht sich die Junge Union Schleswig-Holstein dafür aus, neben diesen Bildungsstandards alle bestehenden Standards an den Kindertagesstätten abzuschaffen.

Kinder aus sozial problematischen Familien sollen animiert werden, in die Kindertagesstätten zu gehen. Sie sind immer wieder auffällig, da in ihren Elternhäusern zu wenig soziale Kompetenz vermittelt wird. Daher setzt sich die Junge Union Schleswig-Holstein für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Kindertagesstätten und dem Jugendamt ein, um auch diesen Kindern einen Besuch der bestehenden Einrichtungen zu ermöglichen. Über eine Einschränkung des Datenschutzes hinsichtlich der Auskunftserteilung seitens der Jugendämter ist hierbei nachzudenken.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert dazu auf, Kindergärten und Grundschulen zur Zusammenarbeit zu verpflichten, um die Bildungsinhalte gut aufeinander abzustimmen und einen fließenden Übergang zu schaffen. Voraussetzung für den Schulbesuch muss die Schultauglichkeit des Kindes sein. Der Tauglichkeitstest muss deshalb auch dahingehend verändert werden, dass neben den derzeit geforderten Fähigkeiten, ausreichende Deutschkenntnisse nachgewiesen werden müssen. Dieser Sprachtest ist ein Jahr vor der Einschulung durchzuführen. Sind die Sprachkenntnisse unzureichend, muss das Kind verpflichtend an einem Deutsch-Sprachkurs

teilnehmen und diesen mit Erfolg abschließen. Auf diese Weise sollen bereits vor der Einschulung eventuelle Sprachdefizite überwunden werden.

Durch die Verbesserung der Vorbildung im Kindergarten wird es möglich, die Einschulung in die Grundschule vorzuziehen. Die Einschulung mit Beginn des sechsten Lebensjahres wird somit zur Regel. Dies ist auch wichtiger Schritt, einen früheren Berufseintritts nach der Schullaufbahn zu ermöglichen.

Sowohl in Kindergärten als auch in Grundschulen ist zunehmend festzustellen, dass Erzieher und Lehrkräfte zum größten Teil weiblich sind. Der Männeranteil im Grundschulkollegium und bei Erziehern muss steigen, damit für die Kinder ein geschlechtlich ausgeglichener Anteil an Bezugspersonen vorhanden ist.

9. Hauptschule soll wieder Berufsperspektive geben

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die Einrichtung eines kostenlosen Förderunterrichts
- die Bereitstellung von mehr Förder- und Differenzierungsstunden
- Klassengrößen von höchstens 20 Schülern
- das neue Fach „Wirtschaft und Politik“ ab Klasse fünf
- die Abschaffung des zehnten Hauptschuljahres
- zentrale Abschlussprüfungen am Ende der neunten Klasse

Die stetige Abwertung der Hauptschulen hat sich zu einem der größten Problemfelder in der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft entwickelt. Die Hauptschule wurde in den vergangenen Jahren stark vernachlässigt. Es muss schnellstmöglich eine Aufwertung dieser Schulart erfolgen. Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die Landesregierung auf, sich diesem Thema intensiver anzunehmen und es im Koalitionsvertrag weiterzuentwickeln.

Ein differenziertes und leistungsorientiertes Schulsystem verlangt nicht nur unterschiedliche Schulformen und –abschlüsse, sondern auch unterschiedliche Methoden des Lehrens und Lernens. Ziel muss es sein, die besten Lernmöglichkeiten für optimale Leistungen zu schaffen. So muss es lernschwachen Schülern ermöglicht werden, ihre Defizite durch einen kostenlosen Förderunterricht aufzuholen und somit die Chance zu erlangen, auch mit einem langsameren Verständnis aktiv am Unterricht teilzunehmen. Um dies machbar zu gestalten, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die Bereitstellung von mehr Förder- und Differenzierungsstunden an Hauptschulen. Den Schülern muss eine angemessene Unterstützung geboten werden, bei der den individuellen Lernstrukturen eines Schülers mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Einen wichtigen Beitrag können dabei kleinere Lerngruppen leisten. Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein an Hauptschulen Klassengrößen von höchstens 20 Schülern. Die Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit ist bei Hauptschülern durch den frühen Schulabschluss schon in einem jungen Alter gefragt und muss dementsprechend gefördert und vorbereitet werden.

Hauptschüler werden in erster Linie für handwerkliche und industrielle Ausbildungen geschult. Um für die späteren Anforderungen die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen zu erlangen, hält es die Junge Union Schleswig-Holstein für unumgänglich ein neues Fach Wirtschaft und Politik ab

Klasse fünf einzurichten. Dieses Fach soll die ökonomische Bildung übernehmen und praxisnah durch externe Fachleute und regelmäßige Praktika in Klasse 8 und 9 gestaltet werden. Die Schulen werden aufgefordert Partnerunternehmen zu suchen, um Schülern den Einblick in die Wirtschaft vielseitig und praxisnah zu ermöglichen. Zusätzlich bieten Praktika eine Unterstützung in der Berufswahl, entwickeln das Verständnis für das kommende Berufsleben und fordern Eigeninitiative von Schülern. Durch diese Maßnahmen und weitere Bemühungen zu einer regelmäßigen Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft wird das zehnte Hauptschuljahr überflüssig. Die Schüler werden zusätzlich im neunten Jahrgang extern ausgebildet und erlangen daher eine ausreichende berufliche Qualifikationen.

Abschließend befürwortet die Junge Union Schleswig-Holstein zentrale Abschlussprüfungen am Ende des neunten Schuljahres. Die abschließende Prüfung fordert von den Schülern ihr Können unter Beweis zu stellen und eine Bewertung zu bekommen. Dies soll die Quote der Hauptschüler ohne Abschluss senken.

10. Ausbildungsreife an Realschulen ermöglichen

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- Die Stärkung des Realschulabschlusses durch Neustrukturierung der Lehrpläne und Abschlussprüfungen
- Verpflichtende schriftliche, zentrale Abschlussprüfung in Deutsch, Mathe und Englisch

Die Junge Union sieht den Lehrauftrag der Realschule in der Befähigung zu einer Ausbildung. Jeder soll aufgrund seiner Befähigung bestmöglich gefördert werden. Dabei muss natürlich die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen gegeben sein. Die Realschule muss stärker auf die Vermittlung der allgemeinen Grundfähigkeiten ausgerichtet werden, die dann in der Berufsschule fachspezifisch vertieft werden. Hierzu ist es nötig, die Lehrpläne neu zu gestalten. Jeder Realschüler in Schleswig-Holstein muss in einer zentralen Abschlussprüfung seine Fähigkeiten in den essentiellen Fächern Deutsch, Mathe und Englisch unter Beweis stellen. Im Stundenplan muss sich die Wichtigkeit dieser Fächer ebenfalls niederschlagen. Von der 5. bis zur 10. Klasse muss jeder Realschüler 5 Wochenstunden in diesen Fächern absolvieren. Neben diesen 3 essentiellen Fächern besteht der Abschluss aus 2 weiteren Fächern. Diese sind aus jeweils einem natur- und einem gesellschaftswissenschaftlichen Fach frei wählbar.

11. Hochschulreife für leistungsfähige Studenten

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die Einführung einer Profiloberstufe
- das 5. Prüfungsfach in Form einer Halbjahresarbeit
- das Zentralabitur
- die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre
- eine Zentrale Oberstufenprüfung nach Klasse 9
- Wirtschaft/Politik ab Klasse 8
- die Abschaffung der Fächer Vertiefender Unterricht und Projektkurs

Das Abitur ist der höchste Schulabschluss des deutschen Bildungssystems und bedarf daher den höchsten Leistungsanspruch und die besten Qualifikationen als Vorbereitung auf den Beginn eines Studiums. Die Hochschulen bemängeln schon seit längerer Zeit fehlende Grundkompetenzen und eine unzureichende Allgemeinbildung ihrer Studienanfänger. Deshalb sind Reformen notwendig, um sowohl im nationalen als auch im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Daher befürwortet die Junge Union Schleswig-Holstein die aktuellen Reformvorhaben der Landesregierung und spricht sich für eine Profiloberstufe aus.

Um nicht nur die Leistungen sowohl schriftlich als auch mündlich abzufragen, sondern auch eigenständiges Arbeiten und rhetorische Fähigkeiten eines Schülers zu prüfen und bewerten, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die fünfte Abiturprüfung in Form einer Halbjahresarbeit mit abschließender Präsentation vor einem Publikum. Die übrigen Abiturprüfungen sollen in Zukunft in Form eines Zentralabiturs durchgeführt werden, um eine Qualitätssicherung und Vergleichbarkeit der Hochschulreife sicher zu stellen.

Darüber hinaus spricht sich die Junge Union Schleswig-Holstein für eine flächendeckende Einführung der verkürzten Gymnasialzeit auf acht Jahre aus. Verschiedene Schulversuche und Erfahrungen aus anderen Bundesländern haben gezeigt, dass das Erreichen der Hochschulreife in einer verkürzten Schulzeit möglich ist. Diese Maßnahme leistet einen wichtigen Beitrag einen früheren Berufseintritt zu ermöglichen. Vor dem Eintritt in die künftige Oberstufe soll eine zentrale Oberstufenprüfung am Ende der 9. Klasse durchgeführt werden. Diese Prüfung soll Schülern einen neuen Anreiz und ein Ziel in der Mittelstufe bieten.

Außerdem fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die Abschaffung der Fächer Vertiefender Unterricht und Projektkurs, da die Lerninhalte in anderen Fächern vermittelt werden können. Zusätzlich müssen methodische Fähigkeiten in die Mittelstufe verlagert werden, um diese rechtzeitig zu erlernen. Das Fach Wirtschaft/Politik muss auch auf dem Gymnasium ab Klasse 8 unterrichtet werden, damit ein fundiertes Wissen und Verständnis über die demokratische Grundordnung und die soziale Marktwirtschaft ausführlich erlernt werden kann.

Beschlossen auf dem Schleswig Holstein Rat am 21.01.2006 in Wacken